

## Neues Heim für Drogenkranke

**LUZERN** avd. Seit Jahren ist der Verein Jobdach in der Stadt Luzern auf der Suche nach einem geeigneten Heim für pflegebedürftige Drogen-süchtige. Jetzt wurde der passende Standort gefunden. Es handelt sich um das Haus an der Rosenberghalde 1. Es steht neben dem Betagtenzentrum Rosenberg und gehört der Stadt Luzern. Schon vor über einem Jahr hatte der Verein ein Auge auf das Haus geworfen (Ausgabe vom 9. August 2013). Unklar war, ob die Stadt das Haus selber nutzen will, zum Beispiel als Erweiterung des Betagtenzentrums. Wie unsere Zeitung aus sicheren Quellen weiss, gab die Stadt dem Verein nun grünes Licht. Gestern Abend sind die betroffenen Mieter informiert worden.

### Ab Frühling 2015 bezugsbereit

Der Vorstand des Vereins Jobdach wollte sich gestern auf Anfrage nicht dazu äussern, sondern verwies auf eine Medienmitteilung, welche heute Dienstag verschickt werden soll. Gemäss Recherchen unserer Zeitung sollen dem Verein voraussichtlich ab Frühling 2015 zehn Zimmer zur Verfügung stehen. Bisher fehlt in der Stadt Luzern ein Heim für die Betreuung von älteren und pflegebedürftigen Drogenabhängigen. Nun soll die Stadt das Haus während zehn Jahren zur Verfügung stellen.

Der gemeinnützige Verein Jobdach betreibt bereits das «Wohnhaus» an der Murbacherstrasse. Dort leben Personen, die keine andere Wohnmöglichkeit haben oder durch ihre Lebensumstände und ihr Verhalten gesundheitlich gefährdet sind. Dieses Angebot ist für die Betroffenen allerdings auf ein Jahr befristet. Eine Anschlusslösung hat bisher gefehlt. Dass es diese aber braucht, bestätigte eine Studie der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Demnach hätten 47 Prozent der Drogenabhängigen nach dem Austritt aus einer Institution instabile Wohnverhältnisse. «Ein nahtloser Übergang in ein stabiles Wohnangebot ist von besonderer Bedeutung», so die Studie.

# ABL baut 107 neue Wohnungen

**MAIHOF** Die fast 70-jährige Siedlung Obermaihof wurde noch nie saniert. Die Mietzinse sind aber extrem tief. Doch damit ist bald Schluss. Die Baugenossenschaft ABL plant ab 2016 ein Grossprojekt.

HUGO BISCHOF  
hugo.bischof@luzernerzeitung.ch

138 Genossenschaftswohnungen gibt es zurzeit in der Siedlung Obermaihof 1 der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern (ABL). Die in den Vierzigerjahren vom Architekten Werner Dolder an der Maihofhalde und Maihofmatte erbaute Siedlung wurde bisher noch nie umfassend saniert. Jetzt ist es so weit. Ein von der ABL durchgeführter Architekturwettbewerb zur Erneuerung und Verdichtung der Siedlung ist entschieden.

Acht Architektenteams waren von der ABL zum anonym durchgeführten Wettbewerb eingeladen worden. Von ihnen wurde ein städtebauliches Gesamtkonzept mit total 175 Wohnungen verlangt. Vorgabe war, dass mindestens 95 Wohnungen neu erstellt und die restlichen Wohnungen saniert und teilweise ebenfalls erweitert werden müssen.

### Junge Zürcher Architekten siegten

Ein junges Architektenteam aus Zürich, die Phalt Architekten AG, hat die Jury schliesslich am meisten überzeugt. Das gab die ABL gestern bekannt. Die Phalt Architekten setzten sich in der Überarbeitungsphase gegen das im ersten Durchgang zweitplatzierte Luzerner Büro Konstrukt durch.

Das siegreiche Projekt «Regatta» der Phalt Architekten vermochte die Jury unter anderem durch die Schaffung von «interessanten Raumabfolgen mit grossem Wohnwert» zu überzeugen. Trotz Verdichtung und Vergrösserung des Wohnangebots verbleibe ein Freiraum,



So sollen einige der Neubauten im Siegerprojekt «Regatta» dereinst aussehen. Visualisierung PD

der als «parkartige Mitte und soziales Zentrum» beschrieben wird, heisst es im Jurybericht.

177 Wohnungen wird die Siedlung gemäss dem Siegerprojekt künftig umfassen – 39 mehr als bisher. Davon werden sich 107, also etwas mehr als verlangt, in den Neubauten befinden. Abgerissen und neu gebaut werden unter anderen die Gebäude an der Maihofhalde 10 bis 30 (gerade Nummern). Ersatzneubauten gibt es auch an der Maihofhalde 7, 9 und 11 – mit völlig neuen Grundrissen. Im steilen Gelände südlich der Maihofhalde entstehen zudem drei grössere Neubaukörper.

Die Realisierung ist ab 2016 bis 2022 vorgesehen, und zwar etappenweise. «Wir rechnen dafür mit Investitionen

von rund 80 Millionen Franken», sagt ABL-Geschäftsführer Bruno Koch. Im kommenden Jahr sollen der Gestaltungsplan und das definitive Bauprojekt erarbeitet werden. An einer Urabstimmung werden die ABL-Genossenschafter über das Projekt abstimmen können.

### «Wir rechnen mit Investitionen von rund 80 Millionen Franken.»

BRUNO KOCH,  
ABL-GESCHÄFTSFÜHRER

«Das Wohnangebot soll die Durchmischung fördern sowie ein attraktives Wohnen für alle Generationen und vielfältige Lebensentwürfe ermöglichen», teilte die ABL gestern mit. Und: «In den Häusern, die nur saniert werden, sollen auch weiterhin besonders günstige Wohnungen zur Verfügung stehen.»

Letzteres betrifft vor allem die Maihofmatte-Wohnungen. «Hier werden die Mietzinsen um rund 450 Franken monatlich steigen», verdeutlicht Bruno Koch.

3½- und 4½-Zimmer-Wohnungen kosten hier zurzeit 660 respektive 800 Franken.

### Mietzinse verdoppelt

Gegenüber heute verdoppelt werden die Mietzinse in den Gebäuden Maihofhalde 7 bis 21 (ungerade Nummern) sowie 18 und 20. Hier kosten 3-Zimmer-Wohnungen heute 700 Franken, 4-Zimmer-Wohnungen 800. Künftig sind dort Balkonanbauten sowie Wohnraum- und Dachstockerweiterungen geplant. Laut Koch wurden die Mieter früh über die Baupläne informiert: «Schon seit einiger Zeit schliessen wir nur noch befristete Mietverträge ab.» Während der Bauphase werden den betroffenen Bewohnern der Siedlung Obermaihof 1 alternative Wohnmöglichkeiten in anderen ABL-Siedlungen angeboten.

### HINWEIS

Öffentliche Ausstellung aller Wettbewerbsprojekte im Sportgebäude Allmend, Zihlmatweg 46 in Luzern. 25. bis 27. und 29. November und 2. bis 4. Dezember.

## FORUM

## Wie sich die Uni weiterentwickeln sollte

Zur Abstimmung über die Revision des Universitätsgesetzes am 30. November

Die Universität Luzern muss Wachstumsmöglichkeiten haben. Und dass dieses Wachstum in einem Fach stattfindet, das viele Studierende anzieht, das gute Chancen für Berufseinsteiger bietet und das kostengünstig betrieben werden kann, sind drei gute Gründe für Wirtschaft. Eine Wirtschaftsfakultät bietet zudem einen weiteren direkten Zugang für Maturandinnen und Maturanden der Luzerner und Zentralschweizer Gymnasien, so wie es Studierende in anderen Universitätskantonen schon lange haben. Wenn Luzern als Hochschulplatz seine Bedeutung halten und künftig stärken will, braucht es beides, eine stärkere Universität und eine stark bleibende Hochschule. Die Universität zieht Absolventinnen mit gymnasialer Matura aus der ganzen Schweiz an, die sonst nicht nach Luzern kämen. Das hat den zusätzlichen Vorteil, dass wir einen höheren Mittelzufluss haben anstelle des heutigen Mittelabflusses an andere Wirtschaftsfakultäten der Schweiz.

PETER ZOSSO-WIDLER, REKTOR  
KANTONSSCHULE REUSSBÜHL, LUZERN

Der Kanton Luzern will die geplante Wirtschaftsfakultät an der Universität Luzern aufgrund fehlender Eigenmittel mit privaten Geldern aufbauen. Dies aber wäre fatal: Die Erfahrungen mit diesem Modell an anderen Schweizer Bildungsinstitutionen haben gezeigt, auf welchen Interessen finanzielle Beteiligungen von Privaten beruhen. Diese erfolgen nicht ohne eigene – meist indirekt geltend gemachte – Ansprüche und privatwirtschaftliche Absichten.

So kommt dem Nahrungsmittelmulti Nestlé an der ETH Lausanne beispielsweise ein Vetorecht zu. Einzelne Konzerne oder Grossunternehmen entscheiden damit massgeblich mit, in welchen Bereichen geforscht wird und wofür Geld ausgegeben werden soll. Damit greift die Privatwirtschaft aber massiv

in die akademischen Belange ein und gefährdet damit das Prinzip der Unabhängigkeit von Lehre und Forschung. In Luzern würde uns ein derartiges Finanzierungsmodell aufgrund des fehlenden Öffentlichkeitsprinzips erst recht blühen: Denn Spenden an die Universität müssen erst ab 500 000 Franken offengelegt werden. Bei einem solchen Finanzierungsmodell, das die Interessen einiger weniger offensichtlich begünstigt, blieben die Herkunft der Drittmittel, die der Universität zur Verfügung gestellt werden, weitestgehend verborgen. Von einer demokratischen Organisation der Universität sowie ihrer garantierten Unabhängigkeit kann keine Rede mehr sein. Das Luzerner Stimmvolk sollte sich für eine eigenständige und unabhängige Universität und somit gegen das neue Universitätsgesetz aussprechen.

BENEDIKT KOLLER,  
SEKRETÄR SP, LUZERN

Der Kantonsrat hat entschieden, dass über Drittmittelbeiträge ab 500 000 Franken im Geschäftsbericht der Uni Rechenschaft abgelegt werden muss. Zusätzlich wird die Uni allen Mitgliedern der Kommission für Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) Einsicht in Verträge über Drittmittelfinanzierungen mit tieferen Beiträgen gewähren. So verfügt der Kantonsrat über eine umfassende Kontrolle. Die sonst so bildungsfreundliche SP lehnt das revidierte Uni-Gesetz ab. Vor allem wehrt sie sich gegen die Finanzierungsbeiträge von Privaten, Stiftungen und Unternehmen. Es ist aber längst eine Tatsache, dass der Staat die Bildung nicht allein finanzieren kann. 2009 erhielt die Hochschule Luzern bereits über 50 Millionen Franken aus Drittquellen. Das entspricht rund 30 Prozent der Gesamtfinanzierung. Es ist eine logische Konsequenz, dass die Uni für den Aufbau der Wirtschaftsfakultät Beiträge von Privaten, Stiftungen und Unternehmen beansprucht. Ich sage aus Überzeugung Ja zum neuen Uni-Gesetz.

DAMIAN MÜLLER,  
KANTONSRAT FDP, HITZKIRCH

Jahrzehnte siechte der Kanton Luzern so dahin. Die konservativen Kräfte setzten alles daran, eine gute Entwicklung zu verhindern. Man befürchtete negative Auswirkungen auf die Einwohner. Eine neue junge bürgerliche Generation kehrte diese Politik vor zirka zwei Jahrzehnten um und setzte auf gute Zukunftsvisionen. Zwischenzeitlich tauchen aber neue Bremsen auf: Heute sind es die Linken, die den Kanton blockieren wollen. Mit total falschen Argumenten kämpfen diese zum Beispiel gegen die Möglichkeit, einem weiteren Kreis von Studenten zu ermöglichen, in ihrem näheren Lebenskreis ihr Studium zu absolvieren. Man tut so, als ob es das Ziel der Mittelschüler sei, nach Erreichung der Matura den weiteren Weg in der ehemaligen HWV zu suchen. Ganz bewusst missachten sie den dualen Bildungsweg, der in diesem Bereich lautet: KV-Lehre und danach Hochschule für Wirtschaft, respektive Mittelschule und danach Universitätsstudium.

Wer behauptet, eine Wirtschaftsfakultät an der Uni konkurrenzieren die Hochschule, macht diese Falschaussage ganz bewusst als ideologisches Kampfmittel. Dass die Linke durch die ehemaligen Studenten der HWV und der Techniken unterstützt werden, lässt befürchten, dass diese ihren Horizont während ihres Studiums nicht gross erweitert haben. Mir kommt es vor wie Mitarbeiter in einer Unternehmung, die gegen den Ausbau einer anderen Abteilung kämpfen. Macht das Sinn?

MAX RUDOLF KOCH, EMMENBRÜCKE

Die Staatsfinanzen werden nicht zusätzlich strapaziert, denn die neue Fakultät wird erst dann errichtet, wenn die Universität die Finanzierung sicherstellen kann. Dazu werden Drittmittel gewonnen. Die Universität Luzern wird auch mit Wirtschaftsfakultät ihren Charme behalten und die kleinste Universität der Schweiz bleiben. Doch sie braucht diesen Entwicklungsschritt.

DENIS KLÄFIGER, CO-PRÄSIDENT BDP  
KANTON LUZERN, LUZERN

## Feige Hetzjagd

«Flugblatt sorgt für Ärger», Ausgabe vom 22. November

Ich stimme Ja zum Projekt Schulhaus Bündmättli, und ich stehe dazu, dass ich den Standort für die neue Gemeindeverwaltung sorgfältig geprüft haben möchte. Die Möglichkeit der freien Meinungsäusserung ist ein Vorteil unserer Staatsform. Umso mehr befremdet mich ein anonymes Flugblatt, das aktuell in Maltern im Umlauf ist. Ich finde Inhalt und Sprache peinlich und beleidigend. Man darf durchaus verschiedener Meinung sein. Ich erwarte jedoch, dass die Schreibenden mit Namen zu ihren Aussagen stehen können. Alles andere empfinde ich als feige Hetzjagd.

MARIA BIRRI-BÜHLMANN, MALTERS

Eigentlich gehört jedes Flugblatt ohne Absender und Unterschrift in den Papierkorb. Aber leider ist damit die Sache nicht erledigt. Es bleibt immer etwas zurück. Halbwahrheiten und persönliche Anschuldigungen sind feige, wenn keine Möglichkeit besteht, sich zu rechtfertigen. Es ist auch respektlos und zeugt von einem Kindergarten-Niveau, wenn unsere Gemeinderatsmitglieder als «Gspändli» bezeichnet werden. Die meisten aufgeführten Behauptungen sind weder fundiert, noch zeugen sie von grosser Sachkompetenz. Ich als Rentner bin bereit, meinen Beitrag für ein zukunftsorientiertes Bauvorhaben für unsere Schulen zu leisten.

HANSSEPP WESPI, MALTERS



## Ausserirdisch

Becherflechten – hier in Neudorf – erinnern aus der Nähe betrachtet an Gebilde aus einem Science-Fiction-Film.

Leserbild Marianne Schmid, Eich

**LESERBRIEFE** Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Briefe Platz haben. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder nicht zu publizieren.